

Ostermarsch 2024

An die Organisationen und Initiativen
der regionalen Friedensbewegung

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

Bei unserem Vorbereitungstreffen am 22. Januar 2024 haben wir den anliegenden Aufruf zum Frankfurter Ostermarsch verabschiedet. Angesichts der großen Aktionen gegen rechts in den letzten Tagen hoffen wir, dass auch der Protest gegen die Hochrüstung und die Unterstützung der Kriege durch bundesdeutsche Waffenlieferungen einen Aufschwung erlebt. Auch die Abschaffung des Asylrechts durch die Bundesregierung gemeinsam mit der rechten Opposition sollten wir thematisieren. Die derzeit laufende NATO-Kriegsübung „Steadfast Defender 2024“ und die Aufforderung zur „Kriegstüchtigkeit“ erfordert unseren Widerstand.

Dabei haben wir uns darauf verständigt, den Versuch zu unternehmen, unsere Aktionen zu Ostern wieder öffentlich wahrnehmbar zu gestalten. Dazu werden wir in den nächsten Wochen Ideen entwickeln, wie wir wieder den Frieden auf die Straße und in die Köpfe der Menschen bringen.

Neben Frankfurt soll es wieder Unterstützung für weitere Aktionen zu Ostern in Hessen – Bruchköbel (Karfreitag), Wiesbaden/Mainz, Limburg, Erbach/Michelstadt, Gießen und in Kassel (alle am Ostersonntag) und Marburg am Ostermontag - geben. Auch weitere regionale Initiativen sollen ermuntert werden, Friedensaktionen zu Ostern zu organisieren.

Nach dem bisherigen Diskussionsstand sind für Frankfurt wieder am Ostermontag, 1. April 2024 Auftakte in

- Darmstadt (Fahrradstafette)
- Oberursel
- Offenbach
- Eschborn (BAFA, Fahrraddemonstration)
- Frankfurt- Rödelheim
- Frankfurt- Eckenheim (US-Generalkonsulat)
- Frankfurt-Niederrad,

geplant.

Von diesen Auftakten soll zum Römerberg demonstriert werden, wo ab 13.00 Uhr die Antikriegskundgebung stattfinden wird.

Der Aufruf zum diesjährigen Ostermarsch soll vor allem über die verschiedenen E-Mail-Verteiler und als Massenflugblatt erscheinen und von Organisationen und Initiativen aber auch von vielen Menschen aus der Friedensbewegung unterschrieben und unterstützt werden.

Den Ostermarsch-Aufruf bitten wir zu unterstützen und zu verbreiten.

Auch Frieden kostet Geld – Der Ostermarsch wird durch Spenden finanziert:

Wir/ich unterstütze/n diesen Aufruf und beteilige/n uns/mich mit einer Spende an der Finanzierung (Mindestbeitrag 10,- €, Organisationen und Initiativen 20,- €). Den Betrag werde/n ich/wir überweisen auf das Konto der Friedens- und Zukunftswerkstatt, bei der Frankfurter Sparkasse, IBAN DE20 5005 0201 0200 0813 90 – BIC: HELADEF1822 - Stichwort: Ostermarsch

Name	Vorname	PLZ, Ort	E-Mail-Adresse	Betrag
------	---------	----------	----------------	--------

2

Ostermarschbüro, W.-Leuschner-Straße 69-77, 60329 Frankfurt am Main

e-mail: Frieden-und-Zukunft@t-online.de Aktuelle Infos im Internet unter www.frieden-und-zukunft.de

Die Waffen nieder! Friedensfähig statt kriegstüchtig

Deutschland muss „kriegstüchtig“ werden, erklärt Minister Pistorius. Er meint damit nicht nur die Bundeswehr, sondern die gesamte Bevölkerung. Wir lehnen eine Politik ab, die von Krieg als dem Normalfall ausgeht statt vom Friedensgebot des Grundgesetzes. Diese Politik eskaliert internationale Konflikte und militarisiert unsere Gesellschaft. Wir wenden uns gegen die innere Militarisierung in unserem Land, die eine weiteren Rechtsentwicklung verstärkt. Wir müssen nicht „kriegstüchtig“, sondern die Politik wieder friedensfähig werden.

Täglich sterben unschuldige Menschen in zahlreichen Kriegen. Die Gefahren wachsen, denn es drohen eine Ausweitung des Krieges in der Ukraine bis hin zu einem Atomkrieg, sowie eine Ausweitung des Krieges im Nahen Osten zu einem Flächenbrand. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine muss beendet werden. Weder militärische Offensiven, noch Waffenlieferungen oder Sanktionen gegen Russland haben zu Waffenstillstandsgesprächen geführt. Initiativen zur Beendigung der militärischen Auseinandersetzung, für einen Waffenstillstand und diplomatische Lösungen werden von der Bundesregierung abgelehnt.

Sie setzt sich für eine Fortsetzung der Kriege in der Ukraine und in Nahost ein. Ungeachtet der horrenden Zahl von Opfern lehnt sie Waffenstillstände und Verhandlungen ab. Mit dieser Erbarmungslosigkeit isoliert sie sich zunehmend.

Auch im Gaza-Krieg sind wir solidarisch mit allen Opfern und fordern einen sofortigen Waffenstillstand. Wir bekennen uns zum Existenzrecht des Staates Israels und Palästinas auf Basis von UNO-Beschlüssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in Nordsyrien und Nordirak, gegen die das NATO-Mitglied Türkei weiterhin eine blutige Kriegsführung betreibt. Dieser Konflikt steht auch für viele andere kriegerische Auseinandersetzungen weltweit, die hierzulande kaum wahrgenommen werden. Mit ihren Waffenlieferungen gießt die Bundesregierung Öl ins Feuer. Sie bedient dabei die Profitinteressen der Rüstungsindustrie und stützt die Vormachtstellung der USA.

Kriege und Rüstung sind Ursachen für Zerstörung des Klimas, Hungerkrisen, Flucht und Vertreibung. Überschwemmungen, Hitzewellen, Dürre werden nicht bekämpft, weil das Geld für Rüstung ausgegeben wird.

Anstatt auf Diplomatie und Deeskalation zu setzen, steigen die deutschen Militärausgaben von bisher 64 auf 85 Milliarden Euro, etwa tausend Euro pro Einwohner. Das ist der größte Sprung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Wir wollen nicht den weltweit drittgrößten Rüstungsetat, der mit sozialer Verelendung in unserem Land erkaufte wird.

Statt Rüstungskonzerne reich zu machen hätte man Geld, um Kinderarmut zu verhindern, den Wohnungsbau voranzutreiben, das Bildungs- und Gesundheitssystem sowie den Klimaschutz zu verbessern und die Sozialausgaben insgesamt zu erhöhen.

Es ist höchste Zeit für Friedenspolitik – in der Ukraine, im Nahen Osten und weltweit. *„Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“* (Willy Brandt). Nur im Frieden und nur durch gemeinsame globale Anstrengungen sind soziale Entwicklung, Schutz von Klima und Natur und eine lebenswerte Zukunft für alle möglich.

Es ist zu Ostern dringlicher denn je, als zivilgesellschaftliche Opposition auf die Straße zu gehen. Wir fordern

- **einen Stopp aller Waffenlieferungen**
- **glaubwürdige diplomatische Initiativen**
- **Sozialausgaben, zivile Infrastruktur und Klimaschutz auszubauen**
- **Visa und Asyl für alle Kriegsdienstverweigerer**
- **Beibehaltung von Zivilklauseln, Militarisierung an hessischen Hochschulen stoppen.**

Abrüsten statt aufrüsten